

Markus Wolf, November 2001

Geheimdienste und die Bedrohung durch den Internationalen Terrorismus

Am 29.11. und 01.12.01 fand in Zagreb eine von der dort erscheinenden Zeitschrift "National Security and the future" organisierte Diskussion zum oben genannten Thema statt. Teilnehmer waren Experten aus den USA, Frankreich, der BRD, Ungarn, Bulgarien, Slowenien und Kroatien. Markus Wolf nahm bereits mehrfach an solchen Tagungen teil. Er sprach zu verschiedenen Tagesordnungspunkten, diesmal unter Verwendung der nachstehenden Thesen.

Das Protokoll der Diskussion in Zagreb wird im Frühjahr 2002 in der genannten Zeitschrift in Englisch veröffentlicht.

Webseite: <http://pubwww.srce.hr/nsf-journal>

Was ist Terrorismus? Welches sind seine Ursachen? Wie ist er zu bekämpfen?

Es ist keine Frage, der gutorganisierte, schreckliche Anschlag des 11. September eröffnete eine neue Seite in der Geschichte des Terrorismus und wirft neue Fragen auf, wie Terrorismus zu bekämpfen ist. Die öffentliche Meinung war schockiert, in Europa ebenso, wie in den USA. Die Grausamkeit und die Konsequenzen der Tragödie machen Präsident Bushs Antwort, die Reaktion der USA-Politik und der Mehrheit des amerikanischen Volkes verständlich. Es gibt keinen Unterschied in der Trauer, in der Solidarität für die Familien der Opfer und der Forderung, die verantwortlichen Organisatoren zu finden und zur Verantwortung zu ziehen.

Aber nach der Kriegserklärung und dem Beginn der umfassenden militärischen Maßnahmen gegen das Territorium von Afghanistan wurden die Reaktionen differenzierter, in Deutschland und, wie ich annehme, in vielen europäischen Ländern. Die uneingeschränkte Unterstützung durch Kanzler Schröder blieb nicht ohne Widerspruch, besonders durch angesehene Vertreter der Intelligenz, einschließlich Publizisten.

Die Frage ist zu stellen: Kann man dem "Terrorismus" den Krieg erklären?

Die Tagesordnung dieser Konferenz enthält den Begriff „Intelligence war“. Tatsächlich betrachteten wir uns während des Kalten Krieges in einer solchen Art von Krieg. Aus dem Munde des amerikanischen Präsidenten ist aber eine Kriegserklärung bei gleichzeitiger Mobilisierung zehntausender Angehöriger der Land-, Luft und Seestreitkräfte etwas ganz anderes. Verbunden mit einer sehr unklaren Definition der Kriegsziele hat sie verbreitet Angst und Schrecken ausgelöst.

Der gewaltige Militäraufmarsch konnte wohl nicht nur Osama bin Laden und der fanatischen kriminellen Gruppe Al Quaida gelten. Die Kriege des 20. Jahrhunderts haben uns Europäer allergisch gemacht. Der Terrorismus muß bekämpft, Aktionen wie am 11. September müssen verhindert werden, geschehen sie dennoch, müssen die Schuldigen gefunden und bestraft werden. Aber nicht durch Krieg, der Unschuldige trifft.

Nachdem das Versagen der Geheimdienste das Verbrechen des 11. September nicht verhindern konnte, sehe ich darin einen Ausdruck der Hilflosigkeit der Politik und des Fehlens einer realistischen Strategie. Um die eigene Misere zu überwinden, seiner eigentlichen Rolle gerecht zu werden und um Effizienz im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu gewinnen, braucht der Geheimdienst eine solche Strategie zur klaren Definition der Ziele.

Dazu gehört die Beantwortung der Frage:

Was ist Terrorismus?

Ganz so neu, wie das Problem nach dem 11. September dargestellt wird, ist es nicht. Abgesehen von den vielen Beispielen, die das ganze 20. Jahrhundert liefert, wurde der internationale Terrorismus spätestens seit den 70er Jahren für die Geheimdienste in Ost und West ein zentraler Aspekt mit der Aufgabe der Aufklärung, Infiltrierung und möglichst der Paralyse. Da gab es sehr unterschiedliche Sichten: Im Osten stand im Vordergrund die Luftpiraterie/Flugzeugentführungen als Form der Flucht aus den geschlossenen Gesellschaften mit hohem Gefährdungspotential für alle Beteiligten - Crew, Passagiere, Entführer, die im Westen als „Helden der westliche Welt“ gefeiert wurden.

Botschaftsbesetzungen, Geiselnahmen, Terroranschläge gegen Objekte und Personen in den soz. Staaten waren weitere Schwerpunkte.

Für die Dienste im Westen galten - neben innerstaatlichem linkem Terror (z.B. RAF, Rote Brigaden) - die nationalen Befreiungsbewegungen als Terrororganisationen (ANC, PLO, SWAPO, früher Algerien) oder national befreite Staaten als Terrorstaaten.

Wir treffen auch heute auf das alte Phänomen der „Schurkenstaaten“ und darauf, dass dort nicht wenige Ziehkinder der USA und ihrer Geheimdienste, aber auch der BRD und des BND, zu finden sind.

Sicher haben Umfang, Systematik und Professionalität und Hintergründe der Anschläge des 11. September in vieler Hinsicht eine neue Situation und neue Aufgabenstellung verursacht.

Neue Bestimmung der Zielobjekte:

- Bin Laden – Al Qaida ? Welche noch?
- In der arabischen Welt: Hamas, Dschihad, wer noch?
- In Asien? Wie ist die Gruppe Jamiya Al-Islamiya einzuordnen, die Verbindungen in Afghanistan, Pakistan und Saudi-Arabien unterhalten soll?
- In den USA, Lateinamerika, Europa?: Wo sind die ETA, IRA, Tschetschenen etc. einzuordnen? Die neofaschistischen und rechtsradikalen Organisationen?

Vermutlich ist zwischen national zu bestimmendem und zu bekämpfendem Terrorismus und internationalem Terrorismus zu trennen. Wer bestimmt dies?

Somit taucht die Frage nach einem internationalen Koordinierungsorgan auf: Gibt es dafür Vorstellungen? Wer bestimmt die Verantwortung von Staaten für die Unterstützung des Terrorismus und die entsprechenden Maßnahmen? Kann dies einem anderen Staat überlassen bleiben?

Aufklärung der Kommunikationswege

Wenn die enormen Möglichkeiten der USA bei der Überwachung mit schätzungsweise 140.000 Mitarbeitern, u.a. durch die mächtige NSA und im Rahmen von ECHELON keine brauchbaren Hinweise zur Verhinderung des 11. September gebracht haben, dann müssen die Aufklärungsinteressen neu geprüft werden. Es muß aber auch von der Nutzung altmodischer Kommunikationsmittel durch die Terroristen ausgegangen werden, die elektronisch nicht zu erfassen, sondern nur durch das Eindringen von Agenten zu überwachen sind.

Aufklärung der Geldquellen,

ihrer Herkunft und des Verbleibs. Mit den neuen Weisungen und Festlegungen wird das bisherige Versagen des mindestens seit Anfang der 90er Jahre bestehenden Systems der Kontrolle internationaler Finanzströme bestätigt. Das Financial Crimes Enforcement Centre (FinCEN) der USA unterhält enge Beziehungen zu Partnerdiensten in Großbritannien, Frankreich, Australien und auch zu INTERPOL. Es muß also nicht Neues aufgebaut, nur die Prioritäten exakt bestimmt werden.

ABC-Waffen

Wo besteht die Möglichkeit der unkontrollierten Herstellung von ABC-Waffen bzw. Zugang für Terroristen?

Methoden

Terroranschläge wie am 11. 09. sind nur zu verhindern, wenn sich die Geheimdienste auf ihr eigentliches Handwerk besinnen, das heißt die dazu erforderlichen Informationen mit menschlichen Quellen (Humint) beschaffen. Dazu wird es notwendig sein, den Einsatz von personellen und materiellen Mitteln zu überprüfen und erforderlichenfalls radikal neu festzulegen. Ich gehe davon aus, dass dies beim Einsatz der enormen vom USA-Präsidenten angewiesenen Finanzmittel geschieht. Der Einsatz technischer Mittel und der für die Gewinnung von Quellen eingesetzten Mittel standen vermutlich in keinem Erfolg versprechenden Verhältnis. Militärschläge treffen vorwiegend unschuldige Zivilisten, Organisatoren des Terrors sind nur mit sicheren Quelleninformationen, covert operations und Spezialeinheiten zu treffen und unschädlich zu machen.

(Es ist kaum zu glauben dass aus der Zeit der engen Kooperation mit islamischen Fundamentalisten während des Kampfes gegen die Sowjetunion und ihre afghanischen Verbündeten keine verwertbaren Quellenverbindungen hervorgegangen und geblieben sein konnten. Auch bei der Förderung und Ausbildung der albanischen Terroristen der UCK sammelten sich dort Hunderte in den islamischen

Staaten rekrutierte Kämpfer des „Heiligen Krieges“. Jedenfalls sollte das Wissen aus jener Zeit mit den jetzt vorhandenen Möglichkeiten das Eindringen in diese Organisation ermöglichen. Die dabei gewonnenen Erfahrungen können für die Zukunft von großem Wert sein).

Die rechtlichen und ethischen Aspekte

Unter gesetzlichen Aspekten sind terroristische Aktionen, die innerhalb eines Staates vorbereitet und durchgeführt werden, nach *nationalen* Gesetzen zu verfolgen und zu ahnden (wie bei der RAF in Deutschland oder der ETA in Spanien).

Die Bekämpfung international gesteuerter und von außen geplanter Aktionen muss dem internationalen Völkerrecht entsprechen.

Eine Lizenz zu Töten oder zu Foltern darf es für keinen Geheimdienst geben. Das ist meine feste Überzeugung. Einsatz bewaffneter Kräfte zur Festnahme mit allen Konsequenzen - ja; das Foltern und Töten unliebsamer Politiker oder beschuldigter Personen - nein.

Die Diskussion darüber und die Förderung einer Stimmung, dass im Kampf gegen den Terrorismus am Ende nur der Erfolg zählt, halte ich für bedenklich. Israel liefert seit Jahren das beste Beispiel dafür, dass Gewalt neue Gewalt, Terror Gegenterror erzeugt. Kein einziges Problem wird damit gelöst. An die Stelle eines getöteten Terroristen kommen zwei oder mehr neue.

Der Grundsatz des Einhaltens legaler Normen muss auch bei Festnahme oder Auslieferung verdächtiger Personen an Staaten, die zur Kooperation bereit sind, in denen aber die Menschenrechte nicht so genau genommen werden, befolgt werden.

Es gibt genügend Beispiele des Einsatzes von Killern oder geplanter Tötung seitens der Dienste beider Seiten im Kalten Krieg. Deshalb die früheren Festlegungen des USA-Kongresses und der USA-Administration, derartige Aktivitäten zu untersagen. Amerikanische Publikationen aus jüngster Zeit berichten aber, wie beispielsweise durch Zusammenarbeit der CIA mit dem albanischen Geheimdienst vor wenigen Jahren Verdächtige der Dschihad-Bewegung auf offener Straße gekidnappt und nach Ägypten ausgeliefert wurden. Dort hatte die Folterung die Folge, dass alle die Mitgliedschaft in der Terrorgruppe zugaben mit dem Ergebnis, dass in einem Prozeß 107 Personen angeklagt, zwei Angeklagte zum Tode verurteilt und mehrere zu langen Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Der amerikanische Präsident Bush soll, wie die Washington Post berichtete und mehrere Regierungsvertreter bestätigten, dem US-Geheimdienst den Befehl zur Tötung von Osama Bin Laden gegeben haben. Der Befehl verlange ausdrücklich die Vernichtung Osama Bin Ladens und die Vernichtung seines weltweiten Al-Quaida-Netzwerkes. Die Operation werde zu einer "bisher einmaligen" Zusammenarbeit zwischen der CIA und militärischen Einheiten führen und sei, so die Washington Post, die "radikalste verdeckte Operation seit ihrer Gründung im Jahre 1947". Dem Geheimdienst werden dafür 1,11 Mrd. \$ (2,7 Mrd. DM) bereitgestellt, die in neue Stellen, Ausrüstungen und natürlich die Bezahlung der Mörder fließen dürften.

Jeder Tötungsbefehl, jede Lizenz zum Töten verletzt die „Universelle Erklärung der Menschenrechte“ von 1948, in der festgelegt ist: „Jeder Mensch, der einer strafbaren Handlung beschuldigt wird, hat Anspruch darauf, so lange als unschuldig zu gelten, bis seine Schuld in einem öffentlichen Verfahren, in dem er alle für seine Verteidigung notwendigen Garantien gehabt hat, gemäß dem Gesetz nachgewiesen ist.“

Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, dass es nach dem 11. September bei der Wahrung der Menschen- und der Bürgerrechte einen Rückfall in überwunden geglaubte Zeiten gibt. Veränderungen in den nationalen Gesetzen, die den Überwachungs- und Verfolgungsbehörden wesentlich größere Rechte und Möglichkeiten einräumen, werden von Verteidigern der Bürgerrechte sehr mißtrauisch beurteilt. Das gilt für die Einführung der Militärgerichtsbarkeit in den USA für beschuldigte Ausländer eben so wie für die erhebliche Erweiterung der Befugnisse der Geheimdienste und Polizei durch Gesetzesänderungen in Deutschland. Teilweise werden dabei Maßnahmen und Projekte aus den Schubladen geholt, die ohne den 11. September niemals akzeptiert worden wären. Nicht wenige sind Elemente der Notstandsplanungen oder des Ausnahmezustandes, die mit erheblichen Einschränkungen der Menschen- und Bürgerrechte verbunden sind. Zweckmäßige und gerechtfertigte Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit der Bürger und zur Vorbeugung gegen Terrorakte auf Flughäfen, der Sicherungen in den Flugzeugen und besserer

Ausstattung der Polizei, werden mit weitgehender Aushebelung des Datenschutzrechtes der Bürger verbunden. Die Übernahme des nach dem Terroranschlag vom 11. September stark repressiven amerikanischen Sicherheitskonzeptes durch die BRD stößt auf Widerstand zahlreicher Bürgerrechtsorganisationen.

Die Bekämpfung der Ursachen

Seit dem 11. September wird die Weltöffentlichkeit mit den Bildern des Krieges, von Flugzeugträgern, Bombern und Militäraufmarsch beeindruckt oder erschreckt. Die Erklärungen der Politiker erschöpfen sich bei der Benennung der Ursachen des Terrors meist in verbalen Pflichtübungen. Nur wenige Ausschnitte des Elends erscheinen in Bildern der Flüchtlingslager an der afghanisch-pakistanischen Grenze. Wo blieben in all den Jahren, als Terroranschläge in Israel gezeigt wurden, die Bilder der palästinensischen Flüchtlingslager? Wo bleibt die große Initiative, der internationale Plan, dem Elend der Palästinenser, den Lagern selbst ein Ende zu bereiten? Ein Plan von Maßnahmen, der mit derselben Intensität betrieben und unterstützt wird, wie der vom USA-Präsidenten verkündete Krieg? Das Problem der palästinensischen Flüchtlinge ist gewiß nur eine der Ursachen des Terrorismus, dazu ein kompliziertes und komplexes Problem, das nicht von heute auf morgen zu lösen ist. Doch mit kurzem Atem und Lizenz zum Töten wird nichts erreicht.

Wollte man der Tragödie des 11. September etwas Gutes abgewinnen, dann dass die USA einen ersten Schritt unternahmen, die palästinensischen Forderung nach einem eigenen Staat und nach dem Stop israelischer Militäroperationen gegen palästinensisches Territorium zu unterstützen. Nach einer langen Zeit einseitiger Unterstützung der nationalistischen Politiker in Israel wäre eine konsequente Fortsetzung dieses sehr spät eingeleiteten Kurses eine Möglichkeit, dem arabisch-moslemischen Terrorismus den Boden zu entziehen.

November 2001